

Sachdokumentation:

Signatur: DS 113

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/113



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

SGB-MEDIENKONFERENZ VOM 29. FEBRUAR 2015

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

Secondas und Secondos: Lasst euch einbürgern!

Das klare Nein der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur sogenannten Durchsetzungsinitiative bei rekordhoher Stimmbeteiligung ist ein grossartiger Erfolg einer breiten Bewegung, die auch von den Gewerkschaften mitgetragen wurde. Das Nein hat dafür gesorgt, dass rechtsstaatliche Regeln auch in Zukunft für alle gelten. Und dass es die blocheristische SVP mit der ständigen Hetze gegen Menschen mit ausländischem Pass definitiv zu weit getrieben hat.

Der Abstimmungskampf hat aber auch deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich es in der Schweiz für Menschen inzwischen geworden ist, die kein Schweizer Bürgerrecht haben.

Menschen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind oder seit langem hier leben, sind eigentlich Inländer, unabhängig von der Farbe des Passes. Ähnlich wie Schweizer Bürgerinnen und Bürger waren sie lange Zeit vor einer Ausweisung aus der Schweiz geschützt. Zwar nicht rechtlich, aber doch faktisch.

Das ist heute nicht mehr so.

Die in den letzten 25 Jahren unter dem Eindruck des Aufstiegs der SVP vorangetriebene Verschärfung des Ausländerrechts und die wiederholten Angriffe auf grundrechtliche Errungenschaften richten sich inzwischen direkt auch gegen Menschen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind und aus unterschiedlichsten Gründen keinen Schweizer Pass besitzen.

Spätestens der Abstimmungskampf zur SVP-Durchsetzungsinitiative hat unmissverständlich klar gemacht: In der Schweiz ohne Schweizer Pass zu leben, ist gefährlich.

Mit dem Bürgerrecht gewährleisten die Nationalstaaten nicht nur das Recht auf die Ausübung politischer Rechte, sondern auch das Anrecht auf diplomatischen Schutz und - vor allem und in erster Linie - den Schutz vor Ausweisung. Diese ursprüngliche Funktion des Bürgerrechts wird heute wieder hoch aktuell. Das Grundrecht, dort zu leben, wo sie geboren sind und ihr ganzes bisheriges Leben verbracht haben, ist für Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht nicht mehr garantiert.

Für die sogenannten Secondos und Secondas ohne Schweizer Pass stellen sich deshalb völlig neue Fragen. Und auch für ihre Eltern.

Und für die ganze schweizerische Gesellschaft.

Die Schweiz gehört als wirtschaftlich erfolgreiches Land zu den Einwanderungsländern. Versuche, die Schweiz als Nicht-Einwanderungsland zu definieren, ändern an dieser Realität nichts.

Dass in der Schweiz derart viele Menschen leben, die hier aufgewachsen sind, viele von ihnen schon seit Beginn ihres Lebens, und trotzdem nicht über den Schweizer Pass verfügen, ist die Folge hoher Hürden für die Einbürgerung. Es sind nicht nur rechtliche Hindernisse, die die Einbürgerung erschweren. Es ist auch eine weit verbreitete Mentalität der Abschottung, welche Secondos spüren lässt, dass sie hier wenig willkommen sind. Oder höchstens als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse.

Beim Schweizer Einbürgerungsrecht hat sich in den letzten Jahrzehnten einiges bewegt. Nicht mehr nur Kinder von Schweizer Vätern, sondern auch von Schweizer Müttern werden automatisch Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Ein grosses Hindernis bei der Einbürgerung war das Verbot des doppelten Bürgerrechts. Es ist vor zwanzig Jahren abgeschafft worden. Inzwischen kann gegen verweigerte Einbürgerungen auch Beschwerde geführt werden. Das Beschwerderecht ist vor Bundesgericht erstritten worden.

Das neue, noch nicht in Kraft gesetzte Bürgerrecht beinhaltet sowohl Rückschritte wie auch Fortschritte. Positiv sind seit der letzten Revision die gegenüber früher deutlich tieferen Gebühren für die Einbürgerung. Negativ dagegen sind neue, nun auch formell verankerte Integrationserfordernisse, die je nach Praxis zu schwer überwindbaren Hindernissen werden können. Oder die – in Verbindung mit ausländerfeindlichen Affekten – gar zu neuer Diskriminierung führen können. Insgesamt sind die Hürden für Einbürgerung, und insbesondere auch die Wohnsitzfristen, noch immer weit höher als in anderen Ländern. Albert Einstein wurde seinerzeit nach fünf Jahren Schweizer Bürger. Von solchen Zeiten sind wir weit entfernt.

Wichtiger aber noch als die gesetzlichen Bestimmungen wird in den kommenden Jahren die Praxis sein. Hier wird sich entscheiden, wie die Schweiz der Zukunft aussieht.

Secondas und Secondos – junge Menschen, die in der Schweiz aufwachsen oder aufgewachsen sind – spielen eine entscheidende Rolle dabei, wie diese Schweiz der Zukunft aussieht. Sie sind die Zukunft unseres Landes, zusammen mit allen jungen Menschen, die einen Schweizer Pass besitzen.

Wir rufen alle Secondas und Secondos ohne Schweizer Pass dazu auf, sich jetzt ernsthaft mit einer Einbürgerung auseinanderzusetzen.

Gefordert sind zunächst die Eltern von Kindern mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Wir rufen diese Eltern dazu auf, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu tun, dass ihre Kinder das Schweizer Bürgerrecht erwerben, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen.

Gefordert sind aber auch die Städte und Gemeinden. Es braucht Kampagnen und Aktionen, die dafür sorgen, dass die hier aufwachsenden oder aufgewachsenen Jungen eingeladen werden, Schweizer Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Wir rufen alle, die sich an der Kampagne gegen die SVP-Durchsetzungsinitiative beteiligt haben, dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass sich ihr Kanton, ihre Gemeinde positiv zur Einbürgerung junger Menschen verhält. Dort, wo die SVP-Initiative gestern verworfen wurde, sind die Voraussetzungen dafür grundsätzlich günstig.

Eine positive Haltung unserer Institutionen und Behörden zur Einbürgerung der hier aufwachsenden Jungen kann in der Schweiz vieles verändern. Es braucht dafür Worte, sie sind nicht zu unterschätzen, aber vor allem auch Taten.

Gefragt ist schliesslich die ganze Gesellschaft als Ganzes. Der „Dringende Aufruf an die Schweizerinnen und Schweizer“ hat gezeigt, welche enorme positive Dynamik Aktionen und Initiativen mitten aus der Gesellschaft erzeugen können. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen wäre es falsch, auf politische Entscheide in Bundesbern zu warten. Die schweizerische Gesellschaft in ihrer Vielfalt ist der Politik in dieser Hinsicht weit voraus.

Die Gewerkschaften müssen und werden dazu wichtige Beiträge leisten. Die Gewerkschaften organisieren die hier arbeitenden Menschen unabhängig von der Farbe des Passes. Dieses Prinzip wird in Zukunft noch wichtiger. Der Druck auf die Rechte der Menschen ohne Schweizer Pass verpflichtet uns dazu, uns noch stärker für ihre Rechte einzusetzen.

Eine Einbürgerungskampagne für die Jungen, die hier aufwachsen, ist jetzt – nach dem Abstimmungsresultat vom Wochenende – erst recht ein Gebot der Stunde. Sie kann die Schweiz im Positiven verändern.



Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Nach dem 28. Februar: Einbürgerungsoffensive jetzt!

Bern, 29. Februar 2016

Nehmt euch eure Rechte – bürgert euch ein!

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Gestern haben wir das Schlimmste abwenden können. Der breite Widerstand, der sich gegen die Durchsetzungsinitiative organisiert hat, war erfolgreich. Dass die Stimmberechtigten die fremdenfeindliche und unmenschliche SVP-Initiative abgelehnt haben, ist ein Sieg der Zivilgesellschaft.

Als Gewerkschaft setzen wir uns entschieden ein für gleiche Rechte unabhängig von Herkunft und Pass. Dieser Einsatz ist nötiger denn je, und wir werden unser Engagement dafür verstärken. Wenn wir heute eine Einbürgerungsoffensive einfordern, dann geschieht dies im Bewusstsein, dass es darüberhinaus andere Massnahmen braucht, um den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu stärken.

Ich kenne viele Secondos, die sich nicht eingebürgert haben. Ich kenne viele Terceros, die keinen Schweizer Pass besitzen. Wenn wir über Heimat und Herkunft, über Wurzeln und Identität diskutieren, kenne und verstehe ich ihre Anliegen und Argumente: doppelte Zugehörigkeit, Zurückweisung, Verantwortung, Treue zu den Wurzeln. Oft heisst es: Was soll ich mich einbürgern, ich habe ja die C-Bewilligung und somit die wichtigen Rechte. Sie meinen, mal abgesehen vom Stimm- und Wahlrecht faktisch gleich gestellt zu sein. Doch das ist leider ein tragischer Trugschluss.

Zur Erinnerung nur zwei Tatsachen:

- Auch wenn die SVP-Initiative glücklicherweise abgelehnt worden ist: Mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative schuf das Parlament dennoch eine Zweiklassengesetzgebung, ein Sonderrecht für Menschen ohne Schweizer Pass.
- Mit der Infragestellung der Personenfreizügigkeit durch die Masseneinwanderungsinitiative ist die Rechts- und Aufenthaltssicherheit und auch die Bewegungsfreiheit von Hunderttausenden von Menschen in der Schweiz akut gefährdet. Es erschwert massiv ihre Lebensplanung in einer Welt, die immer stärker globalisiert ist.

Ein Freund hat mir einmal gesagt: „Ich habe mich einbürgern lassen, um wieder heim kommen zu können.“

Es gibt verschiedene Gründe, warum viele Secondos bisher davon absahen, die Einbürgerung zu verlangen: Loyalität gegenüber den Eltern und ihrer Herkunft, schikanöse und entwürdigende Hürden bei der Einbürgerungsprozedur (Stichwort Schweizermacher).

Auch unter uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gibt es viele Einheimische ohne Schweizer Pass. Ein Teil unserer Mitglieder betrachtet den Nationalstaat als überholtes Konzept, das es zu überwinden gilt. Das Wahrnehmen von Bürgerrechten auf nationaler Ebene ist für sie falsch oder zumindest nicht wichtig. Es sind politisch sehr aktive Kolleginnen und Kollegen, die

sich aus solchen Überlegungen nicht einbürgern lassen und ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen.

Beim Einbürgern oder Nicht-Einbürgern geht es oft um Emotionen und Würde, oft spielen Stolz, aber auch Selbstschutz eine Rolle. Angesichts der neuen politischen und rechtlichen Situation sollten wir solche Gefühle zurückstellen. Klar soll niemand seine Wurzeln und Überzeugungen verleugnen. Aber gleichzeitig gilt es, die volle Bürgerschaft in der Schweiz anzustreben und wahrzunehmen. Die gleichen Rechte einzufordern und auszuschöpfen in diesem Land, in dem wir das ganze oder einen Grossteil unseres Lebens verbracht haben und verbringen. Kurz: Es braucht einen Befreiungsschlag!

Werden wir sachlich und wägen vernünftig ab: Es geht darum, die eigenen Rechte einzufordern und Verantwortung wahrzunehmen, dabei geht es auch um Selbstschutz. Dieser Selbstschutz ist je länger je mehr nötig, wie die unsägliche SVP-Initiative gezeigt hat. Am besten schützt sich, wer sich seine Rechte holt, wenn er oder sie abstimmen und wählen kann.

Deshalb werden wir versuchen, die Eltern zu motivieren, ihre Kinder trotz der mühsamen Hürden einzubürgern. Wir müssen versuchen, die Jugendlichen selbst dafür zu gewinnen, den Schweizer Pass zu verlangen. Vor allem müssen wir Druck aufbauen auf Bund, Kantone und Gemeinden, die Hürden zu senken, die Verfahren flexibel zu handhaben und in der Schweiz eine echte Willkommenskultur zu etablieren. Eine politische Willkommenskultur gegenüber denjenigen, die schon lange in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind oder gar in sie hineingeboren wurden.

Denn es ist im ureigensten Interesse eines sich als Demokratie verstehenden Gemeinwesens, möglichst alle Bewohner und Bewohnerinnen als mündige, aktive Bürger und Bürgerinnen zu gewinnen. Die Schweiz hat heute sehr strenge Einbürgerungsregeln und je nach Gemeinde unterschiedliche Einbürgerungsverfahren. Es sollte ihr wenigstens ein Anliegen sein, dass sich möglichst viele, welche die strengen Kriterien erfüllen, auch tatsächlich einbürgern lassen und die Bürgergesellschaft stärken. Statt Behördenwillkür und Ressentiments braucht es dazu fairere und einfachere Verfahren.

Von wie vielen Menschen reden wir? Rund ein Viertel der ständigen Wohnbevölkerung hat keinen Schweizer Pass. Diese sogenannten Ausländer sind oft schon hier geboren, sind hier zuhause. Sie sind Einheimische ohne Schweizer Pass. Wir können davon ausgehen, dass über 900'000 Menschen die Kriterien für eine Einbürgerung erfüllen.¹ Dass sie bisher noch keinen Pass beantragt haben, ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

Was tun? Ideen und Möglichkeiten gibt es viele. Viele sind mit wenig Aufwand und einfach umzusetzen. Ein gutes, pragmatisches Beispiel aus dem Kanton Basel-Stadt: Hier sollen junge Ausländerinnen und Ausländer, die schon immer in der Schweiz gelebt haben, in den Genuss einer vergünstigten Einbürgerung kommen: Beantragen sie vor dem 19. Geburtstag den Schweizer Pass, soll ihnen ein Teil der Einbürgerungsgebühren erlassen werden. Oder das Beispiel von Zürich: Hier hat die Zahl der Einbürgerungen zugenommen, nachdem die Gebühren gesenkt wurden.

¹ Ende 2010 wurden fast 896'000 Ausländer/innen in der Schweiz gezählt, welche entweder 12 Jahre Wohnsitzdauer haben (600'000 sind im Ausland und 179'000 in der Schweiz geboren), oder seit weniger als 12 Jahren in der Schweiz leben, aber eine genügend lange Aufenthaltsdauer zwischen dem 10. und dem 20. Altersjahr aufweisen, um 12 Jahre angerechnet zu erhalten (unter Berücksichtigung der doppelten Anrechnung dieser Jahre erfüllen rund 117'000 Personen dieses Kriterium). Quelle: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM, „Einbürgerungslandschaft Schweiz“, 2012

Eine weitere Möglichkeit wäre eine gezielte Informationsoffensive seitens der Behörden. Warum fordern sie nicht auf: „Ihr gehört zu uns, wir setzen auf eure Teilnahme.“? Solche tatkräftigen Signale und Massnahmen, eine derartige Einbürgerungsoffensive hätten ein Ziel: die Stärkung unserer Demokratie.

Wie weiter:

- Zuerst werden wir eine breite Diskussion in unseren eigenen Reihen über Adressaten, Inhalt und Formen einer solchen Kampagne führen.
- Parallel dazu suchen wir den Dialog mit allen zivilgesellschaftlichen Kräften, die an einer gemeinsam geführten Offensive interessiert sind. Dazu gehört der Dialog mit den vielen Vereinen und Organisationen der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz, um die besten Wege zu definieren, um wirksam an unser Ziel zu kommen.
- Schliesslich geht es um Gespräche und Vorstösse gegenüber Politik und Behörden auf allen Ebenen.

Weitere Informationen:

Vania Alleva, Präsidentin der Unia, 079 620 11 14

Zentralsekretariat
Steinerstrasse 35
Postfach 1008
3000 Bern 6

Telefon +41 31 357 57 57
Telefax +41 31 357 57 58
info@sev-online.ch
www.sev-online.ch

Manuel Avallone
Direkt +41 31 357 57 10
Mobil +41 79 434 46 71
manuel.avallone@sev-online.ch



Medienkonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Schweizer bin ich schon lange – jetzt lasse ich mich einbürgern!

Manuel Avallone, Vizepräsident SEV

Vorab möchte ich mich bei allen Schweizerinnen und Schweizern mit Schweizer Pass bedanken, die ein NEIN zur Durchsetzungsinitiative der SVP in die Urne gelegt haben. Bedanken dafür, dass sie gemerkt haben, dass mit einer Annahme der Initiative die Grundwerte der Schweiz noch stärker ausgehöhlt würden, als dies schon mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative jetzt möglich wird. Auch wenn die Durchsetzungsinitiative abgelehnt wurde, kann ich mich nur bedingt freuen. Denn was jetzt umgesetzt wird, ist die Ausschaffungsinitiative. Man konfrontiert uns Schweizer ohne Schweizer Pass nicht mit der Pest, sondern mit Cholera.

Ich bin hier in der Schweiz geboren, in die Schule gegangen, habe meine Ausbildungen absolviert, immer Steuern bezahlt und mich immer stark für das Wohl dieses Landes und dessen Bewohner eingesetzt.

Seit 2008 bin ich Vizepräsident und Mitglied der Geschäftsleitung des SEV, der Gewerkschaft des Verkehrspersonals. Der SEV ist die zweitgrösste Gewerkschaft innerhalb des SGB. Ich leite die Verhandlungen mit dem grössten Sozialpartner SBB und SBB Cargo AG. Diesen zwei Gesamtarbeitsverträgen sind rund 30'000 Eisenbahnerinnen und Eisenbahner unterstellt. 90% davon sind Schweizer/Innen die mir, einem Secondo, das Vertrauen schenken.

Ich bin ein Secondo, oder mit anderen Worten: ein Schweizer ohne Schweizer Pass. Solche wie ich gibt es Tausende in der Schweiz, und ich bin überzeugt, dass wir hier drin jede und jeder mindestens 10 davon kennen.

Ich fühle mich als Schweizer ohne Schweizer Pass in der Schweiz daheim. Ich habe das Gefühl, dass ich dazu gehöre. Meine Eltern haben sich grosse Mühe gegeben, uns, meine zwei Brüder und mich, so zu erziehen, dass wir nicht auffallen. Und so haben und machen es die ganz grosse Mehrheit der Migranten und Migrantinnen mit ihren Kindern. Ich behaupte, dass die ganz grosse Mehrheit der über 2. Mio. zählenden Wohnbevölkerung ohne Schweizer Pass in der Schweiz ebenso integriert sind wie ich.

Es ist allen bekannt: Integration ist nicht eine Einbahnstrasse. Um von wirklicher Integration zu sprechen, braucht es zwei Partner. Einen, der sich integrieren soll, also die Immigrierten oder Ausländer, Secondos oder Schweizer ohne Schweizer Pass, und den anderen, der dafür sorgen muss, dass möglichst keine Hindernisse aufgebaut, sondern die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine optimale Integration möglich zu machen: Die Schweizerinnen und Schweizer, die Ureinwohner der Schweiz.

Ich muss klar und deutlich sagen, dass ich von der offiziellen Schweiz nie das Gefühl erhalten habe, zu diesem Land zu gehören. In meinen 54 Jahren hier in der Schweiz hat mich nie jemand eingeladen, mich einbürgern zu lassen. Meine erste Erfahrung machte ich als 8-jähriger mit James

Schwarzenbach (Nationale Aktion) und der Überfremdungsinitiative, die 1970 von 54% der Stim-menden abgelehnt wurde. Die Angst unter den Immigranten, die Schweiz verlassen zu müssen, war damals gross. Als kleiner Junge konnte ich mir nicht vorstellen, meine vertraute Umgebung, meine Schweizer Freundinnen und Freunde, meine Schule, mein Thun verlassen zu müssen.

Das war vor 46 Jahren. Jetzt, 46 Jahre später, hat sich nicht viel geändert. Die SVP hat sich in der Zwischenzeit die Fremdenfeindlichkeit auf die Fahne geschrieben. Den undemokratischen Kräften unter Führung der SVP ist es gelungen, den Angriff auf die Grundwerte der Demokratie „salonfähig“ zu machen und die Gewaltentrennung in unserer Demokratie in Frage zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedienen sie sich des Cliches der bösen kriminellen Ausländer und befriedigen so das Bauchgefühl gewisser Schweizerinnen und Schweizer. Ich kenne keinen Menschen, der kriminelle Ausländer gut findet. Ich kenne aber auch keinen Menschen, der kriminelle Schweizer gut findet. Was der SVP ebenfalls gelungen ist, ist der Demokratie einen kräftigen Tritt in den «Arsch» zu geben, indem bereits bei Bagatell-Straftaten für Schweizer ohne Schweizer Pass die Strafen massiv härter sind als für Schweizer mit Pass.

Es ist an der Zeit, gegen die demokratiefeindliche SVP-Ausgrenzungspolitik Widerstand zu leisten. Es ist an der Zeit, die von der SVP geschürte Sündenbockpolitik nicht mehr zu tolerieren. Es ist an der Zeit, Stopp zu sagen. Die SVP muss merken, dass das Volk, das sie angeblich vertritt, nicht so dumm ist, wie sie es gern haben möchte. Das Volk sind keine Schafe.

Ich persönlich bin nicht mehr bereit, wegen meiner Nationalität als Manipuliermasse der fremdenfeindlichen SVP-Politik zu dienen. Ich werde mich einbürgern lassen. Und ich hoffe, dass alle, die die Voraussetzungen dafür erfüllen, es mir gleich tun und eine Einbürgerungswelle losgetreten wird. Gewerkschaften, politische Parteien und andere progressive Kräfte müssen aktiv werden und bei der Sensibilisierung der Wohnbevölkerung ohne Schweizer Pass mitwirken.

Deshalb fordern wir Schweizer ohne Schweizer Pass zusammen mit dem SGB:

- Dass sämtliche politische Parteien, die für eine Integrationspolitik der in der Schweiz wohnhaften ausländischen Wohnbevölkerung einstehen, aktiv werden.
- Dass sie ihre Mitglieder, die in politischen Gremien auf Gemeinde- oder kantonaler Ebene aktiv sind, auffordern, alles zu unternehmen, um die Einbürgerungsverfahren zu vereinfachen und Hürden zu beseitigen.
- Dass die Gemeinden für ihre Wohnbevölkerung ohne Schweizer Pass Anlässe organisieren und ihnen zu spüren geben, dass sie in der Gemeinde und für den Wohlstand in der Schweiz einen wichtigen Beitrag leisten.
- Dass die Gemeinden, wenn die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, aktiv auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Schweizer Pass zugehen und ihnen die Vorteile einer Einbürgerung verständlich machen.

Integration und nicht Ausgrenzung beschert uns Wohlstand und eine sichere Schweiz.

Weitere Informationen:

Manuel Avallone, Vizepräsident SEV, 079 434 46 71

29.02.2016